

Vom Protest



zum Widerstand



doch dabei bleiben wir nicht stehn
denn wir müssen bald vom Widerstand

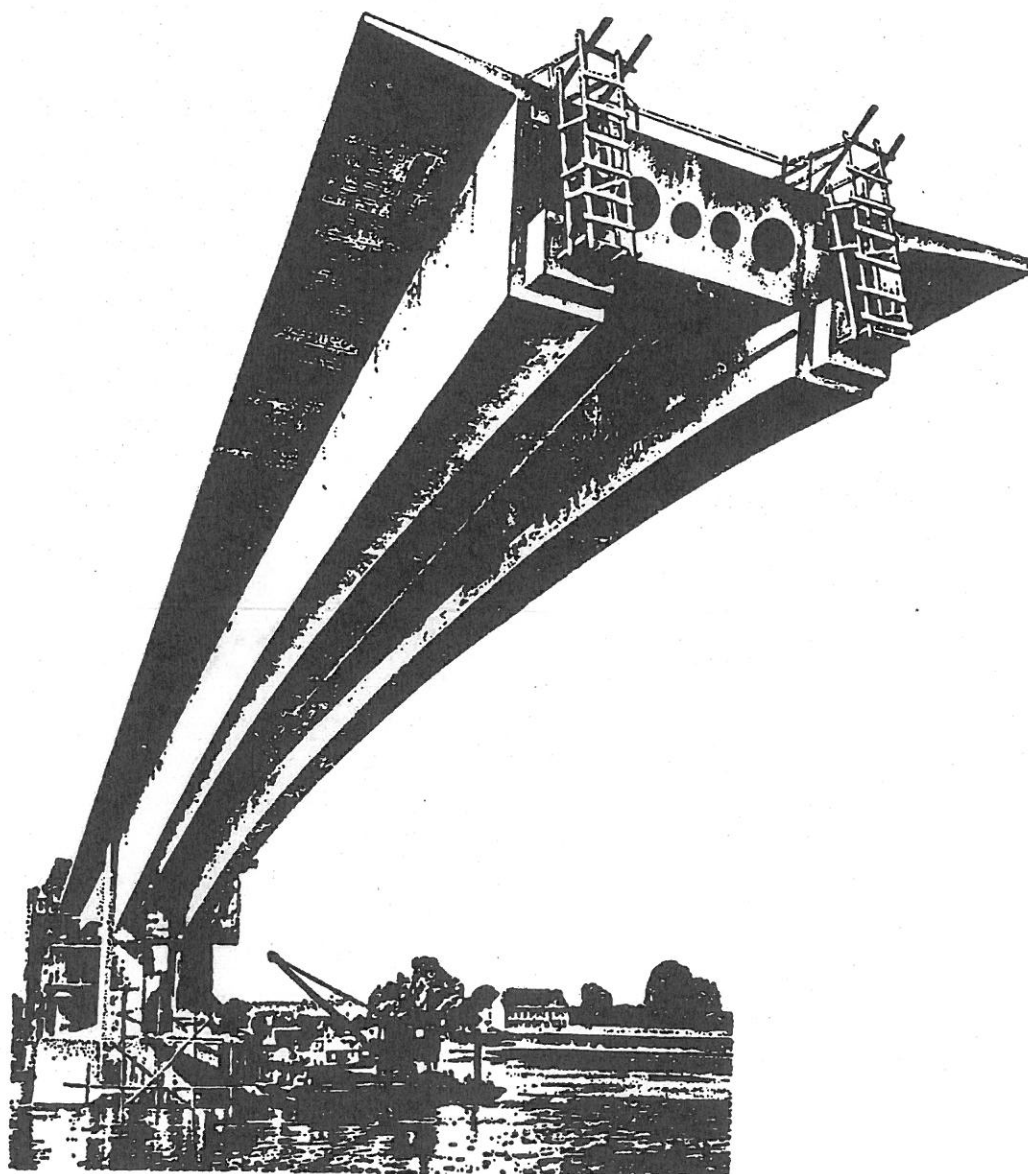
Angriff

übergehn

Preis: 10 Pf

Oktober 69

Nr. 6



Pläne schmieden
für Ihre Sicherheit

Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG
Sonderabteilung
Versorgungs-Werk Deutscher Ingenieure
2 Hamburg 36 · Alsterufer 1

INHALT

	Seite
SVI-Situationsbericht	2
Zur Lage	4
Ausbildung in der kapital. Gesellschaft ..	5
Stellungnahme des GPA	8
Ruhe und Ordnung	9
Bricht der Unterricht zusammen ?	11
Bericht der Fachschaftsvertreter	13
Wußten Sie schon ?	15
Leserbriefe	16
Der AStA-Vorstand	16

EUTEKTIKUM

Unabhängige, überparteiliche Zeitschrift der
Studentenschaft der Ingenieurschule Hamburg,
Berliner Tor 21

Anschrift: Redaktion "eutektikum"
2 Hamburg 1
Berliner Tor 21

Telefon: 240903 / 246927

Bankkonto: Haspa 014 / 22484

Redaktion: H.Geißelbrecht
J.Hesse
B.Schlichting (verantw.)

Titelseite: L.Vorreau

Druck: W.K.Stuhr, Hamburg

Auflage: 1500

Preis: DM -,10

z.Zt. gültige Anzeigen-Preisliste III

Die mit den Namen der Verfasser gekennzeichneten Beiträge stellen nicht immer die Meinung der Redaktion dar.

Beilagenhinweis:
Dieser Ausgabe liegen Beilagen folgender
Firmen bei: Deutsche Volkszeitung
Kloss
Studentenreisen

KOMMILITONEN!

Es wird Zeit zurückzuschlagen !

Wer bisher glaubte, durch Reformvorschläge einen Einfluß auf die Gesetzgebung ausüben zu können, sah sich letztenendes in seinem Glauben getäuscht. Denn der politische Erfolg ist immer eine Frage der Macht, und gegen die Macht (Kapital) der Industrie und ihrem Handlanger - der staatlichen Administration - ist mit reformistischem Eifer und gutem Willen nichts auszurichten.-

Dies mußten nun auch die "fortschrittlichsten" Studenten der Uni und der Seefahrtsschulen erkennen. Die Seefahrtsschüler haben (nach einem 5-monatigen - erfolglosen - Streik) die Konsequenzen gezogen und bereiten nun den Streik der gesamten deutschen Seefahrt vor!

Und was machen die Funktionäre der Ingenieurschulen? - Sie lassen die Dinge auf sich zukommen, sie schlafen!

Aber lassen wir uns durch unsere "Führer" nicht täuschen, sie sind mit ihrer Politik in einer ausweglosen Lage!

Wenn wir unsere eigene Lage selbst begreifen wollen, dann ist es notwendig, ein grundlegendes Verständnis der Klassengegensätze in unserer Gesellschaft zu haben! Statt nur Bildungspolitik zu machen und den Herrschenden die Dreckarbeit abzunehmen, müssen wir die Voraussetzung für eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft schaffen.

Was wir dazu brauchen, ist eine einheitliche, revolutionäre Theorie und eine langfristige Konzeption!!!

"eutektikum" wird in der nächsten Ausgabe Raum für eine Diskussion dieser Thesen geben. Wir hoffen, daß sich einige Kommilitonen endlich aufraffen, um der Studentenschaft ihre Vorstellung zur künftigen Politik mitzuteilen.



„Nun laßt mich mal den Artikel sehen!“

SVI Situationsbericht

Parallel zu den berufsständischen Forderungen, wie EWG-Anerkennung (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) wurden vom SVI die Forderungen nach der integrierten Gesamthochschule und der 12-jährigen schulischen Vorbildung gestellt. Waren letztere zuerst auch nur Forderungen, die sich aus der berufsständischen Motivation heraus ergaben, so zeigte sich sehr bald, daß einige wenige Studenten die Auswirkungen gerade dieser Forderungen auf unser Gesellschaftssystem zu analysieren versuchten. Bedingt durch dauernde Enttäuschungen bei Verhandlungen mit Politikern, versuchten sie die Ursachen dafür zu erforschen und eine Kritik zu erstellen. Dabei gerieten sie oft in eine Isolation zur übrigen Studentenschaft, die derartige Kritik für wesensfremd, gar schädlich für die Arbeit innerhalb der Ingenieurschulreform hielten. So stellte sich eine Ungleichzeitigkeit unter den Studenten ein, die sich auf den Verband ausdehnte.

Unterdessen setzten von seiten der Studentenschaften Maßnahmen ein, um die aufgestellten Forderungen durchzusetzen; Zuerst durch Verhandlungen mit Politikern, dann mit immer massiveren Mitteln wie Warnstreiks und befristeten Streiks, in denen die Studentenschaften in der Mehrzahl passiv waren. Durch die Reaktionen der Politiker eskalierten die Maßnahmen bis zum Semesterabbruch im Sommersemester 1969. Die Aktivitäten des Verbandes beschränkten sich in der Anfangsphase darauf, eigene Vorschläge auszuarbeiten und die Studentenschaft dafür zu interessieren; Informationen über Entscheidungen der Politiker weiterzugeben und bei Anzeichen von Erfolgen ("gute Gesetze") diese mit den Politikern zu diskutieren und auf die Möglichkeit zur Erreichung der eigenen Ziele zu untersuchen. Über diesen Weg versuchte man, Einfluß auf die Gesetzgebung zu nehmen. Nach den Mißerfolgen im Sommersemester 1969 und Wintersemester 1968/69 und der klaren Festlegung der Ziele der Politiker durch den Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz vom 31.10.1968 drängte sich die Gruppe von Studenten, die die alte Verbandspolitik als gescheitert ansah, langsam in den Vordergrund und versuchte, neue Wege aufzuzeigen. Dies zeigte sich erstmals auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung in Düsseldorf, in der das alte Legislativorgan "Senat" durch den Delegiertenrat abgelöst wurde, um damit den Einfluß der Studenten in den Verband zu stärken und ihn von einer Funktionärspolitik wegzuführen. Die klare Fortsetzung dieser Entwicklung zeigte sich auf der Mitgliederversammlung in München, auf der dann in Form einer Satzungsänderung auch die Beteiligung von Projektgruppen im Delegiertenrat festgelegt wurde. Die Diskussionen auf dieser Mitgliederversammlung zeigten eine Verschiebung von einem berufsständischen zu einem sich politisch artikulierenden Verband. Bezeichnend dafür sind die Beschlüsse über die Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik und der Oder-Neiße-Linie, die noch auf der Mitgliederversammlung in Darmstadt abgelehnt wurden.

Aus den Entscheidungen der Mitgliederversammlung in München mußten sich zwangsläufig Konsequenzen für die zukünftige Arbeit des Vorstandes und des Delegiertenrates ergeben. Waren schon die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ein Kompromiß, so zeigte es sich, daß die Zusammensetzung des Vorstandes aus

Personen mit sehr unterschiedlichen Vorstellungen über die zukünftige politische Funktion des Verbandes eine intensive Arbeit im Vorstand fast unmöglich machte. Durch den kurzfristig entstehenden Streik und die Aufteilung in haupt- und nebenamtliche Vorstandsmitglieder, war es dem Vorstand nicht gelungen, sich zu einer theoretischen Arbeit zurückzuziehen und eine gemeinsame Konzeption zu erarbeiten. Die Einzelpersonen gerieten in den Aktivismus und agierten von einander getrennt. Dies trat dann deutlich auf den Sitzungen des Delegiertenrates zutage. So wurden wichtige Arbeiten wie Projektgruppenarbeiten, Streikanalyse und Strategie für das Wintersemester nicht geleistet.

Der Delegiertenrat führte die in München begonnene politische Diskussion weiter, was sich u.a. in seinen Beschlüssen in Schwelm niederschlug. Eine weitere Funktion des Delegiertenrates, diese Diskussionsergebnisse nun auch in die Studentenschaft zu vermitteln, wurde in der Regel weder von den Delegierten noch von den Landesverbänden geleistet. So wurden die Delegierten sehr schnell zu den gleichen Funktionären wie die ehemaligen Senatoren, die sie vorher immer kritisiert hatten. Hier bedarf die Diskussion über die Satzung und Satzungswirklichkeit noch einer intensiveren Durchleuchtung. Die Ungleichzeitigkeit zwischen Delegiertenrat und Studentenschaft verstärkte sich noch durch diesen Umstand.

Aus der Erfahrung des Streiks im Jahre 1968 mußten für die Streiksituation im Sommersemester 1969 einige neue Ansatzpunkte berücksichtigt werden. So hatten sich der passive Streik, in dem die Studenten in der Mehrzahl unbeteiligt eine Entwicklung auf sich zukommen ließen, nicht bewährt. Der aktive Streik als Mittel zur Mobilisierung der Studenten war als die bessere Form des Streiks wohl erkannt, ließ sich jedoch nur in der Anfangsphase des Streiks an einigen Schulen verwirklichen. In der Regel überließen die Studentenschaften einer kleinen Gruppe (Streikrats) alle Arbeit und nahmen selbst eine Stellung in der Industrie an, was sich natürlich z.T. aus der schlechten sozialen Lage der Studenten ableiten läßt.

Auf verstärkte Initiative der Landesverbände und einiger Schulen bildeten sich Arbeitskreise, die sich u.a. mit dem Problem der Studienreform befaßten. Parallel dazu liefen Seminare auf Landesebene. Die Probleme des Leistungsdrucks und der objektiven Leistungsbeurteilung wurden von den Gruppen erkannt. Mögliche Ansätze zur Umsetzung in das Studium wurden von ihnen ausgearbeitet. Die Versuche, die Ergebnisse in die Praxis dann umzusetzen, scheiterten häufig entweder an der starrten Haltung der Dozenten, die erkannten, daß bei einer freieren Studienorganisation und einer veränderten Methodik und Didaktik auch erheblich höhere Anforderungen an sie gestellt werden. Oder an der starren Reglementierung des jetzigen Studiums durch Studienordnung und Rahmenlehrpläne des Kultusministeriums. Der dadurch entstandene Pessimismus der Gruppenmitglieder, nichts von dem Erarbeiteten in die Praxis umsetzen zu können und vermitteln zu können und keine neue Zielsetzung zu finden, führte zum Abbröckeln und Auflösen der Gruppen.

Die bisher vorliegenden Fachhochschulgesetze lassen einige Tendenzen der Politiker klar erkennen:

- 1 Die Forderungen nach Integration in den Hochschulbereich ist nicht erfüllt worden. Es bleibt weiterhin eine klare Trennung und Rangstufung von praktischen Ingenieuren und wissenschaftlichen Ingenieuren bestehen. Was durch die neueste Vorlage zur Anerkennung der Ingenieure in der EWG noch bestärkt wird.
- 2 Um in Zukunft massive Proteste zu vermeiden, die die Fehlleistungen der Bildungspolitik aufdecken und der Öffentlichkeit bekanntmachen,

Lebensversicherungsschutz in jeder gewünschten Form - auch für den Fall der vorzeitigen Invalidität -

finden Sie bei der

Debeka

Lebensversicherungsverein a. G.

Die Debeka ist bekannt für

- sparsame Verwaltungsführung
- weit unter dem Durchschnitt liegende Verwaltungskosten.

Der Nutzen für die Versicherten:

Hohe Gewinnbeteiligung !

Hierüber sollten Sie sich einmal ausführlich informieren.

Es lohnt sich.

Debeka

Lebensversicherungsverein auf Gegenseitigkeit
Sitz Koblenz am Rhein

Bezirksverwaltung: 2 Hamburg 1, Große Allee 33

Telefon: 24 40 45/46

wird die Studentenschaft auf die reine Vertretung von Fachangelegenheiten zurückgedrängt und die verfaßte Studentenschaft aufgelöst.

3 Die Gleichschaltung von Hochschule und Fachhochschule erfolgt nur auf dem Gebiet des Ordnungsrechts. Hier sollen scharfe Ordnungsmaßnahmen in einer Sonderjustiz für Hochschulen dafür sorgen, daß kritische Studenten von den Hochschulen verwiesen werden können. Dies hat insbesondere Auswirkungen auf die Studienreform, so daß z.B. Aktionen die Verweigerung von Klausuren oder Umgestaltung von Vorlesungen durch die Studenten schon zu entsprechenden Ordnungsstrafen führen. Ordnungsrecht und Auflösung der verfaßten Studentenschaft zeigen deutlich, daß der Staat in einer Zeit, in der die Studenten sich für ihre Probleme zu interessieren und sich kritisch mit dem Staat auseinanderzusetzen beginnen, diese Ansätze nicht durch entsprechende Gesetzgebung unterstützt, um damit zur Emanzipation des Einzelnen beizutragen, sondern durch scharfe Reglementierung eine Weiterentwicklung eines kritischen Bewußtseins der Studenten verhindert. Das stagnierende Gesellschaftssystem in der Bundesrepublik soll damit unterstützt und unangreifbar gemacht werden.

4 Mit Hilfe geringer Mitspracherechte in den Gremien der Fachhochschule soll den Studenten vorgegaukelt werden, daß sie Möglichkeiten der Einflußnahme auf die Entwicklung innerhalb der Fachhochschule haben, obwohl ihnen nicht einmal eine Sperrminorität zuerkannt wird. Solche scheindemokratischen Ansätze in den Fachhochschulgesetzen können nur für kurze Zeit die wahren Interessen der Politiker verschleiern, die hier getreu ihrem Abhängigkeitsverhältnis zur Wirtschaft alle wichtigen Entscheidungen in den Fachhochschulen durch die Kultusministerien bestimmen lassen wollen.

5 Spielraum lassen die Fachhochschulgesetze im Moment noch im Bereich der Studien- und Prüfungsordnungen. Hier bieten sich sicherlich einige Ansätze für die Studentenschaft, in die Entwicklung einzugreifen. Doch auch hier werden bald durch Erlasse des Kultusministeriums Reglementierungen eintreten, wenn sich die Studentenschaft nicht dieser Spielräume bemächtigt und über diese Grenzen hinaus Forderungen nicht nur verbal vertritt, sondern auch im Einzelkonflikt durchsteht.

6 Die vorgesehene Fachoberschule wird keine entscheidenden Verbesserungen für den Studienanfänger bringen. Sie geht von dem Prinzip der Trennung von theoretisch und praktisch Begabten aus und führt zu einer weiteren Trennung von berufsbildenden und allgemeinbildenden Schulen, wobei die Fachoberschulen eindeutig dem berufsbildenden Schulwesen zugeordnet werden. Da der Abschluß der Fachoberschule nicht einmal einer fachgebundenen Hochschulreife entspricht, bleibt in diesem Bereich das Prinzip der Chancengleichheit auch weiterhin unberücksichtigt. Die für die Fachoberschule notwendige Methodik und Didaktik ist von den Ministerien bisher nicht bearbeitet worden, noch in Auftrag gegeben.

SVI - Bundesvorstand



"Die moderne Staatsgewalt ist ein Ausschuß, der die gemeinsamen Geschäfte der ganzen Bourgeoisieklasse verwaltet." (Marx)

Das heißt: der Staat und die Behörden vertreten die Interessen der Kapitalisten. Auch im Bereich der Fachhochschulen. So arbeiten Schulbehörde und Industrieverbände (Kapitalisten) gemeinsam an der Formulierung der Fachhochschulgesetze. Vorschläge der Studentenschaft können dabei nicht berücksichtigt werden, da diese nicht den Interessen der Kapitalisten entsprechen.

Darum wird das Ordnungsrecht trotz massiver Proteste der Studentenschaft nicht aus dem FHS-Gesetz herausgenommen, um kritischen Studenten das Studium verweigern zu können. Forderungen nach Demokratisierung des Lehrbetriebes, neuen Lehrmethoden und Bildungsinhalten usw. können auch nicht berücksichtigt werden.

Das Interesse der Industrie (Kapitalisten) ist ein möglichst hoher Profit. Ihr Profit erhöht sich, wenn der Lohn ihrer Arbeiter, d.h. auch der Ingenieure, sinkt. (Wenn also z.B. die Industrie in der BRD nicht daran interessiert ist, daß der deutsche Ingenieur in der EWG anerkannt wird, so kostet sie dieser weniger Ausbildung und damit weniger Lohn.)

Früher war für den Unternehmer der dumme Arbeitnehmer der billigere, willigere und damit bessere. Heute braucht der Kapitalist einen nur auf Teilbereichen qualifizierten Arbeitnehmer. Diese Ausbildung kostet Geld, und je länger ein Arbeiter ausgebildet ist, desto höher ist sein Lohn, sein sozialer Stand und damit seine Kosten für den Kapitalisten. Der Preis also, den der Kapitalist für die Ware "Ingenieur" zahlen muß, ist gleich den Produktionskosten der Ware "Ingenieur", also gleich den Kosten der Produkte (Lebensmittel usw.), die der Ingenieur seinem sozialen Stand gemäß verbraucht. Das Bestreben der Vertreter der Kapitalisten (Staat und Behörden) muß deshalb sein, die Ausbildungszeit nicht zu verlängern, möglichst viel Fachwissen in möglichst kurzer Zeit zu vermitteln, alle (für den Kapitalisten) "unwichtigen" Wissensbereiche herauszulassen usw. D.h. durch Intensivierung und Rationalisierung werden die Lohnkosten verringert, nur um den Profit der Kapitalisten zu erhöhen. Dieses Bestreben zeigt sich in allen Fachhochschul-Gesetzentwürfen: unseren sozialen Status zu senken, unsere Aus-

bildung zu rationalisieren, dadurch den Preis unserer Arbeitskraft zu verringern und Löhne zu sparen!

Wir fordern eine qualifizierte, umfassende Ausbildung - mit Recht, aber in Wahrheit führen wir unter dem Mantel dieser Forderungen einen berufsständischen Konkurrenzkampf gegen die Techniker. Wir kämpfen also gegen unseren eigenen sozialen Abstieg.

Wir kämpfen für die Behauptung unseres Preises auf dem kapitalistischen Arbeitsmarkt! Wir kämpfen für unseren Status, d.h. für eine bessere Ausbildung!

Wir wollen den Wert unserer Arbeitskraft durch eine umfassendere Ausbildung erhöhen - die Kapitalisten wollen den Wert der Ware "Ingenieur" möglichst niedrig halten. Ihnen dauert die Herstellung der Arbeitskraft des Ingenieurs schon lange genug. Sie ist ihnen, gemessen am gesellschaftlichen Durchschnitt, zu teuer.

Wir kämpfen für unsere mittelständische Vergangenheit, für einen besseren sozialen Status. Diesen Kampf werden wir wie alle anderen Mittelständler vor uns (selbständige Kaufleute, Bauern, Handwerker usw.) verlieren. Sie haben sich den kapitalistischen Interessen beugen müssen. Genau wie sie werden wir durch den Fortschritt der Industrie in das Proletariat fallen! Unsere Interessen werden mit den ihren identisch sein.

Die Befreiung der Proletarier von ihren Unterdrückern ist Voraussetzung einer Emanzipation des Menschen! Diese Emanzipation wird nicht durch berufsständische Kämpfe erreicht werden, sondern nur durch den geschlossenen Kampf der Proletarier gegen die Ausbeuterklasse.

Wenn wir unsere Lage richtig einschätzen und fortschrittlich sein wollen, müssen wir uns mit den unterdrückten werktätigen Massen, den Technikern und den Arbeitern verbünden!

Ingenieurstudenten, lassen wir uns nicht länger ausbeuten! Organisieren wir uns fest und massenhaft gegen die Kapitalisten!

Lernen wir unsere Situation verstehen, indem wir uns mit der uns bisher aus gutem Grund vorenthaltenen Theorie des Marxismus, des Leninismus und den Ideen Mao-Tse-Tungs bewaffnen, und organisieren wir einen langanhaltenden Kampf gegen die Ausbeuter!

SGFH

Sozialistische Gruppe an der
Fachhochschule Hamburg
SGFH

(Ingenieure, Seefahrtsschüler,
Sozialarbeiter-Pädagogen,
Werkkunstschüler)

Ausbildung in der kapitalistischen Gesellschaft

Eine kapitalistische Gesellschaft ist notwendigerweise eine Leistungsgesellschaft, da die erforderliche Arbeit gesellschaftlich aufgebracht wird, die Arbeitsprodukte aber privat, d.h. nicht von der ganzen Gesellschaft angeeignet werden. Sie ist eine Leistungsgesellschaft, in der die inhaltliche Bestimmung von Leistung nicht von dem Individuum her erfolgt, sondern von den Bedürfnissen, die für den Ausbau und die Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft notwendig sind, von den Interessen einer herrschenden Minderheit also.

Daraus ergibt sich institutioneller Zwang dahingehend, daß statt der Selbstbestimmung des Menschen, seiner tendenziellen Selbstverwirklichung und Befriedigung in der Arbeit, seine Fremdbestimmung notwendig wird, daß also das Ziel seiner Arbeit ihm selbst uneinsichtig bleiben muß.

Die widerstandslose Integration der arbeitenden Individuen in diese Notwendigkeit erfordert einen langjährigen Anpassungsprozeß, den das Bildungssystem in hervorragender Weise vollzieht.

Ein wesentliches Merkmal dafür ist die Trennung von Beruf und Freizeit, an die sich schon das Kind frühzeitig anpassen muß.

Spätestens mit dem Schulbeginn entsteht neben dem Spiel ein sich ständig erweiternder Bereich von "Pflichten", die von dem Kind nicht als notwendig begriffen werden, die von ihm aber zwangsweise erfüllt werden.

Diesen Anpassungszwängen werden sehr oft heftige psychische Widerstände entgegengesetzt, die dann ideologisch verfälscht als die "natürliche menschliche Faulheit", oder als "fehlender Ordnungssinn und als ererbte Bummheit" erscheinen.

Der menschliche Trieb zu Spiel, schöpferischer Tätigkeit oder Selbstbestimmung muß zu einem System von Fremdbestimmung umgelenkt werden. Stets handelt es sich dabei um sekundäre Motivationen.

"man will etwas werden", "erstmal Geld verdienen", "unabhängig werden", um dadurch mehr Freiheit, größere Möglichkeiten der Selbstverwirklichung (Freizeitgestaltung, Hobbies, Reisen ...) zu erreichen.

Eine hervorragende Rolle nimmt dabei das Klausuren- und Prüfungssystem ein, das jede Ausbildung von der ersten Klassenarbeit bis zum Abschlußzeugnis oder dem Diplom durchzieht.

Selten werden Prüfungsinhalte und Lernstoffe von den Lernenden als nützlich und sinnvoll angesehen. Im späteren Beruf entdeckt jeder den Ballast, den er sich in seiner Ausbildung aneignen mußte. Er wurde erarbeitet, weil das erfolgreiche Bestehen von Prüfungen die Voraussetzung für das "Weiterkommen" bedeutet.

1. Qualifikationsnachweis

Die Behauptung eines Qualifikationsnachweises und von Selbstkontrolle durch Prüfungen kann durch folgende Tatsachen widerlegt oder erheblich eingeschränkt werden:

a) M. L. Möllers x) Untersuchungen zeigen, daß viele seiner Probanden gerade durch Störungen ihres Denkvermö-

gens in der Prüfung behindert wurden: 50% litten an Konzentrationsmängeln, Gedankenblockierung und Verlust des Überblicks; 63% unter Zweifel, leichter Vergesslichkeit und selbständig gewordenem nicht mehr zu kontrollierendem Denken. Nach der Feststellung dieser erheblichen Denkstörungen durch Prüfungsangst müssen Bedenken entstehen, inwieweit Prüfungsergebnisse die tatsächlichen intellektuellen Fähigkeiten und das sachliche Wissen des geängstigten Prüflings wiedergeben.

b) Ein Teil des Stoffes ist nutzlos und kann deshalb nicht als Nachweis für eine spätere berufliche Qualifikation dienen.

c) Da viele Studenten die Anforderungen der Prüfungen nicht einsehen, und da ein kontinuierliches Arbeiten auf allen Ausbildungsgebieten unmöglich ist, - die Häufung der Klausuren in der zweiten Hälfte des Semesters jedoch ein Präsenzwissen in fast allen Fächern während eines begrenzten Zeitraumes erzwingt -, muß der Student stoßweise und kurzfristig unter Hochdruck arbeiten und einen Stoff auswendig lernen, der teilweise überhaupt nicht begriffen worden ist und deshalb nach der Klausur sofort wieder vergessen wird. Außerdem muß auch sofort für die nächste Klausur in einem anderen Fach gepaukt werden, so daß das vorige Wissen verdrängt wird.

d) Eine andere Art der Abwehrreaktion sind Spicken und Bestechungsversuche, die schon in der Über-Anpassung an Dozenten, in Schmeicheleien und Dienerei erscheinen. Hier zeigt sich ein spezifisches Verhaltensmuster, ausreichende Noten zu erzielen, ohne daß die erforderliche Leistung und die Beherrschung des Stoffes dahintersteht. Daraus ergibt sich, daß die Prüfungsergebnisse von psychischen Faktoren bestimmt werden (z.B. die Fähigkeit, Angst zu ertragen, - Prüfungen durch Spicken zu umgehen, - sich an Zwangssituationen reibungslos anzupassen usw.), nicht aber von Leistungen und dem Verständnis der Studieninhalte.

Demnach stellen sich angebliche Leistungskontrollen in der jetzigen Ausbildung als Persönlichkeitsprüfungen heraus, während der fachliche Qualifikationsnachweis fragwürdig wird.

2. Auslese durch Aufrechterhaltung eines einheitlichen Leistungsniveaus.

a) Es ist ohne Zweifel richtig, daß durch Prüfungen eine Auslese der Prüflinge erfolgt. Es handelt sich dabei allerdings (wie aus 1. hervorgeht) um eine Auslese nicht nach Leistung, sondern nach charakterlichen und psychischen Eignungen.

b) Außerdem muß besonders betont werden, daß das augenblickliche Leistungsniveau der Prüfungen nicht absolut und konstant ist, und daß es sich ganz offensichtlich nicht an den Anforderungen des späteren Ingenieurbetriebs orientiert. Offenbar hat die Auslese eine andere, jedoch nicht berufsbezogene Funktion. Diese Funktion besteht in der Deckung der Bedarfsstruktur des Arbeitsmarktes. Prüfungen sind damit durch Erhöhung oder Verringerung der Anforderungen das geeignete Instrument, den "Out-put" an ausgebildeten Ingenieuren den Erfordernissen der Wirtschaft anzupassen. (Durch das Ausbildungssystem wird also "die Freiheit des Arbeitsmarktes" schon wesentlich eingeschränkt.)

3. Lernmotivation durch Leistungsdruck.

Es stimmt vollkommen, daß in dem derzeitigen Ausbildungssystem die Studenten weniger leisten, d.h. "faulenzten" würden, falls die Prüfungen wegfielen. Die Prüfungen können also nicht abgeschafft werden, solange eine grundlegende Änderung der Ausbildung nicht durchgesetzt wird.

Unsere Ausbildung ist dadurch gekennzeichnet, daß man die Schule als "notwendiges Übel" ansieht, und daß man sich nicht intensiver als unbedingt notwendig mit dem Stoff beschäftigt. Solange also dem Stoff kein Eigeninteresse entgegengebracht wird, solange Studium und Arbeit keine Bedürfnisbefriedigung bieten, muß der Student durch institutionellen Druck zum Arbeiten und Lernen gezwungen werden.

Das Phänomen der "Faulheit" ist also ein Problem der Lernmotivationen. In einer Ausbildung, in der sich der Student mit dem Stoff identifiziert, sind Prüfungen zur Aufrechterhaltung seiner Leistung überflüssig.

4. Einübung von Stress-Situationen und der termingerechten Erfüllung von zeitlich terminierten Anforderungen.

Für den Fall der Stress-Situation gilt dasselbe wie für 3.

x) Möller, Untersuchung zu Psychodynamik der neurotischen Prüfungsangst. Berlin 1967

Stets werden die Anforderungen (sei es im Beruf, sei es in der Schule) von außen, von der "Gesellschaft" gestellt. Diese Anforderungen, die mit Druck bzw. Strafen und Belohnungen verknüpft sind, werden aus dem Bewußtsein heraus erfüllt, man müsse schließlich - etwas arbeiten, Geld verdienen, weiterkommen. Es wird also nicht gefragt, ob die gestellte Aufgabe sinnvoll ist, von wem sie gestellt wurde, wem sie dient, ob eine Antwort überhaupt oder zu dem festgesetzten Termin möglich ist.

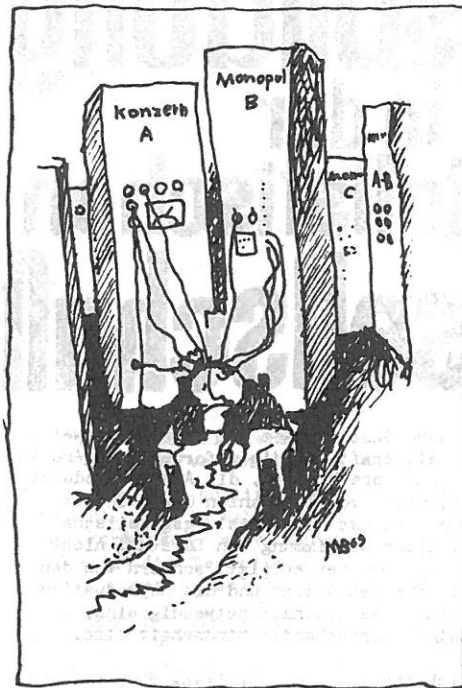
Prüfungen und Klausuren haben also folgende Funktionen:

1. Die Produktion von autoritär-, außergeleiteten Individuen
2. Die Steuerung des Ausstoßes an Ingenieuren nach wirtschaftlichen Bedürfnissen
3. Die Vermittlung von unkritischem, funktionalem Wissen

Zu 1. Durch die Prüfungen wird der Student einem steten Zwang zur Anpassung unterworfen. Er wird dazu gezwungen, von außen aufgesetzte Studieninhalte zu verarbeiten. Darauf reagiert er mit Widerständen, die immer wieder gebrochen werden. Außerdem wird durch den ungeheuren Leistungsdruck jede selbständige Entwicklung beschnitten, da die Ingenieurstudenten auch privat keine Freiräume mehr besitzen. Dadurch entwickelt sich aus dem langjährigen Zwang zur Unterwerfung unter fremde Ziele die individuelle Notwendigkeit der Unterwerfung. Der Student hat es verlernt, schöpferisch tätig zu sein, sich frei zu entwickeln. Er ruft jetzt nach Anleitungen, nach Hilfen, nach Prüfungen. Sobald er aber selbständig arbeiten soll (etwa in Arbeitsgruppen), versagt er. Aus dem früheren Zwang, durch den die Individuen in autoritäre Systeme gepreßt wurden, sind autoritär fixierte Individuen geworden. Diese Persönlichkeitsstruktur braucht aber die kapitalistische Gesellschaft, da sie solche Individuen in einem System von Befehl und Gehorsam überall "nach ihren Fähigkeiten" einsetzen kann. Denn solche Leute können ihre spezifische Situation nicht mehr kritisch überblicken, geschweige denn Revolution machen.

Zu 2. Die Steuerung nach dem Wirtschaftsbedarf wurde schon skizziert.

Zu 3. Die Vermittlung von funktionalem Fachwissen. Durch mangelnde Kritikmöglichkeit und Kritikfähigkeit in einem straffen Leistungssystem ist der Student nicht in der Lage, zwischen Lernstoffen zu differenzieren, d.h. zwischen Stoffen, die gesamtgesellschaftlich oder für ihn persönlich notwendig sind und solchen, die nur der Reproduktion eines inhumanen Verschwendungskapitalismus dienen. Dadurch aber kann die Stoffvermittlung unmittelbar den herrschenden Interessen dienen und bornierte Fachidioten produzieren, ohne daß dieser Ausbildung nennenswerte Widerstände entgegengesetzt werden.



Es wäre genauso falsch, die einzige politische Aufgabe in der moralischen Besserung der Individuen zu sehen, wie etwa eine moralische Weigerung, nicht der Produktion von Rüstungsgütern zu dienen. Der Zwang der Leistungsgesellschaft schadet dem Menschen ja unmittelbar und nicht erst durch künftige Katastrophen, Kriege oder Wirtschaftskrisen. Ein Großteil der Studenten muß ihr Studium ohne Abschluß abbrechen, weil der Druck nicht mehr ertragen werden kann, ein Teil erleidet dabei psychische oder neurotische Schäden. Viele von denen, die das System "erfolgreich" durchlaufen haben, finden in ihrem Beruf keine Aufstiegs- und Entfaltungsmöglichkeiten! Ihre Freizeitgestaltung bleibt aber ebenso leer, da sie nur noch vorfabrizierte Programme (Fernsehen, Zeitschriften, Reisegeellschaften, Fußballspiele ...) aufnehmen und begreifen können.

BASISGRUPPE
FRANKFURTER ING.-SCHULEN

Die Mehrzahl der Ing.-Studenten sind Mitglieder der

TECHNIKER-KRANKENKASSE.

Diese Krankenkasse ist eine Selbsthilfeeinrichtung und wird von Ingenieuren, Technikern und Studenten selbst verwaltet. Während des Studiums zahlen Sie nur folgende, jeweils für 1 Semester im voraus zu entrichtende Monatsbeiträge:

- Ohne Anspruch auf Familienhilfe DM 11,--
- mit Anspruch auf Familienhilfe DM 13,--

Trotz des geringen Beitrages haben Sie Anspruch auf einen umfassenden Versicherungsschutz.

Die TECHNIKER-KRANKENKASSE ist als Ersatzkasse Körperschaft des Öffentlichen Rechts und unterhält Geschäftsstellen im gesamten Bundesgebiet einschl. Westberlins. Die Kassenmitgliedschaft bleibt auch nach beendigem Studium - unabhängig von der Höhe Ihres künftigen Verdienstes - erhalten.

Weitere Auskünfte erteilt das AStA-Büro.



DEMAG

DEMAG ist in allen Teilen der Welt ein Begriff für bedeutende Leistungen. Den Ruf unseres Unternehmens und unsere wirtschaftlichen Erfolge verdanken wir der Vielseitigkeit unseres Produktionsprogrammes und persönlichem Einsatz unserer Mitarbeiter. Die Qualität unserer Erzeugnisse, die permanent dem Wandel der Märkte und Marktbefürfnisse angepaßt werden, der Ideenreichtum unserer Ingenieure und die Erfahrungen unserer Kaufleute haben dem Namen DEMAG seine heutige Bedeutung gegeben. Wir stehen täglich vor neuen Aufgaben. Um sie lösen zu können, brauchen wir die Mitarbeit des jungen technischen und kaufmännischen Nachwuchses. Sie haben den festen Willen, nach dem Studium Ihr erworbenes Wissen und Ihr Können zu beweisen und beides ständig zu erweitern. Sie wollen etwas leisten — etwas werden. Sie wollen, daß Ihr Fleiß, Ihre Mühe, Ihre Einsatzbereitschaft sich auszahlen. Sprechen Sie mit uns. Geeigneten jungen Ingenieuren bieten wir eine Fülle interessanter Tätigkeiten in Forschung, Entwicklung, Konstruktion, Fertigung, Vertrieb, Verwaltung, betriebswirtschaftlicher Disposition und — wenn sie sich bewähren — die Chance für Ihre Zukunft. Eine Fülle von interessanten Aufgaben erwartet Sie.

ing

DEMAG Aktiengesellschaft Duisburg



Stellungnahme

des GPA zum Flugblatt an die Erstsemester



Während der Begrüßungsansprache Herrn Direktors Röthleins an die 1. Semester, wurden im Auditorium Flugblätter des Gesellschaftspolitischen Arbeitskreises (GPA) verteilt. Diese Flugblätter erregten unter den Dozenten der Fachschaft M Aufsehen. Aus diesem Grunde berief der Leiter dieser Fachschaft eine Abteilungskonferenz ein, die er als privat bezeichnete und zu der er die Sprecher aller Maschinenbaustudenten einlud. Er wollte die Semestersprecher gegen die Fachschaftsvertreter ausspielen, denn die beiden Fachschaftssprecher Michael Langbein und Holger Geißelbrecht (der für das Flugblatt presserechtlich verantwortlich zeichnete) sind Mitglieder des GPA.

Das Flugblatt sollte selbstverständlich keine genaue Analyse enthalten, die dann nur zu konsumieren wäre, denn die Analyse dieses Lehrbetriebs muß in Zukunft von uns allen erarbeitet werden.

Wir kritisieren in diesem Flugblatt u.a. die fehlende didaktische und methodische Ausbildung der Dozenten, die mangelnde Kenntnis der Unterrichtstechnologie, den fehlenden Willen, sich mit den Auswirkungen der Technik auseinanderzusetzen und die offensichtliche Unfähigkeit, ihre Position im Lehrbetrieb der Ingenieurschule unter diesen Aspekten kritisch in Frage zu stellen.

Der offensichtliche Dilettantismus der meisten Dozenten in diesen Fragen wird von ihnen verdeckt durch Phrasen wie: Zum Dozenten muß man geboren sein, das kann man nicht lernen; entweder man hat's oder man hat's nicht. So stellten die Studenten für neue Dozenten im günstigen Falle noch das Versuchskaninchen dar; in den meisten Fällen werden sowie-so die "bewährten Methoden" der älteren Kollegen übernommen.

Wir wollten den neuen uninformierten Kommilitonen gleich zu Anfang aufzeigen, daß an dieser Schule nicht alles so ideal und widerspruchsfrei ist, wie der Direktor es hinstellt. Wir wollten ihnen die fatale Sicherheit nehmen, daß sie an dieser Schule berufsbezogen ausgebildet würden und später eine gesicherte Führungsposition in der Industrie haben würden, daß es also nicht notwendig sei, etwas an der Ausbildungspraxis der Ingenieurschule zu ändern.

Wir wollten die Kommilitonen anregen, den Lehrbetrieb dieser Schule von Anfang an kritisch zu untersuchen, damit sie nicht erst, wie wir, nach dem 2., 3. Semester wissen, was hier gespielt wird.

Soweit zum Inhalt:

Der Abteilungsleiter Maschinenbau sagte also, man würde aufgrund dieser Kritik nicht mehr mit Herrn Geißelbrecht als Fachschaftsvertreter verhandeln. Da diese mangelnde Verhandlungsbereitschaft scheinbar die wirksame Vertretung von Studenteninteressen ausschließt, legte die Abteilung "M" mit anderen Worten der Fachschaft nahe, Herrn Geißelbrecht abzuwählen. Gegen diese Art der Beeinflussung der Fachschaft haben wir grundsätzliche Bedenken.

1) Wenn die Fachschaft aus der Weigerung der Dozenten, mit ihren Vertretern zu verhandeln, personelle Konsequenzen zieht, dann versteht sich die Fachschaft als Unterorganisation der Dozentenkonferenz; und wir

hätten hier keine Selbstverwaltung, sondern eine Auftragsverwaltung. Die Dozentenschaft hätte es dann in der Hand, ihnen unbequeme Fachschaftsvertreter abzusägen, ohne über die Vorstellung dieser Vertreter inhaltlich zu diskutieren.

2) Selbst wenn sämtliche Dozenten der Abteilung "M" nicht mehr mit Herrn Geißelbrecht verhandeln würden, schließt das doch keine wirksame Fachschaftsarbeit - wie unser Programm für dieses Semester zeigt - aus. Die Initiativen sind bisher meistens von der Studentenschaft ausgegangen (Fachhochschulgesetz usw.).

3) Es ist einfach nicht wahr, daß die Dozenten nicht mit Herrn Geißelbrecht verhandeln wollen.

Sicherlich, Herr Kölling und Herr Nowack als dozentische Spitzenfunktionäre lehnen jede Diskussion ab. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß andere Dozenten durchaus bereit sind, mit kritischen Studenten zu sprechen. Z.B. wurde Herr Geißelbrecht durch einen Maschinenbaudozenten von der sogenannten Dozentenbesprechung unterrichtet und versprach, ihn dort zu verteidigen, und gerade dieser Dozent ist einer der wenigen, die daran gegangen sind, den Unterricht an der Ingenieurschule aus eigener Initiative mit Hilfe von Studenten zu verändern.

Mit diesen Dozenten, die bereit und in der Lage sind, die Unterrichtspraxis zu verändern - und genau darauf kommt es an - werden wir auch in Zukunft sprechen können.

Auf der letzten GPA-Sitzung haben wir uns fast 3 Stunden mit einem Dozenten über die im Flugblatt gemachten Aussagen unterhalten. Obwohl wir in vielen Dingen verschiedener Meinung waren, kam eine fruchtbare Diskussion zustande.

Der stellvertretende Direktor, Herr Dulige, schlug vor, mit ihm und anderen Dozenten und Studenten ein Gespräch über dieses Thema zu führen.

Nicht wir werden bei Reformgesprächen "draußen vor der Tür" stehen, sondern die Dozenten, die sich beleidigt in den Schmollwinkel verzogen haben und formelle Gründe vorschieben, um nicht inhaltlich diskutieren zu müssen.

(In diesem Zusammenhang möchten wir Herrn Enneking erwähnen, der unsere Flugbretter vom "Meckerbrett" abgerissen hat!)

Die treibende Kraft dieser Aktion "beleidigte Leberwurst" sind Herr Kölling und Herr Nowack.

Wenn wir dann noch erfahren, daß Herr Nowack als Vorsitzender des VDDI - Landesverband Hamburg öffentlich für die Abschaffung der Studentenschaft plädiert, dann wissen wir, aus welcher Richtung der Wind weht !!

Für Ruhe und Ordnung...

Nach dem Streik der Ingenieurstudenten im SS 1969 kehrte an den Hamburger Ingenieurschulen wieder Ruhe und Ordnung ein.

Die Produktion der Ware "Ingenieur" lief wieder auf Hochtouren, um Versäumtes aufzuholen und den ansatzweise politisierten Studenten keine Gelegenheit zu geben, die während des aktiven Streiks gewonnenen Erkenntnisse in die Praxis umzusetzen.

Diese Friedhofsruhe wurde jedoch bei der Einführung der Erstsemester durch den Direktor von der sozialistischen Studentengruppe an der Ingenieurschule Berliner Tor gebrochen: Während der Rede des Direktors wurden Flugblätter verteilt, die den neuen Kommilitonen Widersprüche des Lehrbetriebes und Verwertungszusammenhänge aufzeigen sollten. Zusätzlich wurde die Rede mit Hinweis auf Unrichtigkeiten und der Forderung nach Diskussion unterbrochen.

Um diese Störung der Produktion der Ware "Ingenieur" und die dadurch verursachte Erhöhung der Produktionskosten von Anfang an so gering wie möglich zu halten (Rationalisierung), ergriffen die staatlich geprüften Rationalisierungsfachleute (Dozenten) die Konsequenz und intervenierten bei den Studenten der Fachschaft Maschinenbau gegen den Unterzeichner des Flugblattes, dem damaligen Fachschaftssprecher "Maschinenbau". Man wollte nicht mehr mit dem Fachschaftssprecher verhandeln, so lautete der Beschluß der (nichtöffentlichen) Abteilungskonferenz. Das war für die Mehrheit der Studenten Grund genug, sich auf der Fachschaftsvollversammlung gegen das Flugblatt auszusprechen - die Fachschaftsvertreter kandidierten daraufhin nicht erneut.

Die erste Fehlkalkulation der Dozenten war: OHNE EINEN Posten in der Hierarchie der "Studentischen Selbstverwaltung" wären die sozialistischen Studenten kaltgestellt.

Das Gegenteil war der Fall: Die Auseinandersetzung wurde härter, sodaß sich die Direktion gezwungen sah, Anschläge am Mitteilungsbrett des Gesellschaftspolitischen Arbeitskreises zu zensieren und an die Behörde zu schicken.

In der Studentenschaft kam es daraufhin zu einer Solidarisierung gegen solche Zensurmaßnahmen. Ein entsprechendes Flugblatt forderte unter anderem dazu auf, den Herr-im-Hause-Standpunkt des Direktors nicht länger zu akzeptieren.

(Auf der Rückseite des Blattes war die vom Direktor zensierte Karikatur abgedruckt).

Die Dozenten wurden jetzt abermals aktiv: Die Abteilung Maschinenbau beschloß einstimmig, den Verfasser der Karikatur - den gleichen, der das Flugblatt für die Erstsemester unterzeichnet hatte - aus der Ingenieursfabrik hinauszurationalisieren. Das letzte Wort sollte die Dozentenvollkonferenz haben.

Am 16.10. wurde entschieden, ob man eine Relegation dieses Studenten bei der Behörde beantragen sollte.

Die zweite Fehlkalkulation der Dozenten: Die Studentenschaft würde sich die Relegation eines Kommilitonen gefallen lassen. Sie täuschten sich: Auf einer Parlamentsitzung am Tage vorher wurde folgende Resolution beschlossen:

"Auf der Dozentenvollkonferenz am 16.10., 11.30 Uhr, soll über die Relegation des Studenten G. abgestimmt werden. Das Studentenparlament protestiert schärfstens gegen diese Art der Auseinandersetzung mit kritischen Studenten. Diese Relegationsandrohung, Zensurmaßnahmen sowie die Äußerungen des VDDI (Verband der Dozenten an dt. Ing.-Schulen) zum Fachhochschulgesetz zeigen deutlich, daß die Dozentenschaft nicht bereit ist, inhaltlich und konstruktiv mit den Studenten zusammenzuarbeiten. Da die Konferenz unter Ausschuß der Öffentlichkeit tagt, obwohl wichtige studentische Interessen berührt werden, beauftragt das SP den AstA mit der Vertretung dieser Interessen in der Dozentenkonferenz."

Die Dozentenschaft ahnte nun, was nach einem Relegationsbeschluß auf sie zukommen würde. Sie akzeptierte den Beschluß des SP, in der Vollkonferenz eine Teilöffentlichkeit herzustellen und komplimentierte den AstA diesmal nicht hinaus. Man einigte sich nach dreistündiger Debatte darauf, dieses Thema "hausintern" zu behandeln und keinen Antrag auf Relegation an die Behörde zu stellen.

Was immer die hausinterne Behandlung dieses Themas bedeuten mag, dieser Beschluß entstand aus der Angst vor einer weiteren Solidarisierung der Studentenschaft und vor einem weiteren Abbau der Autorität der Dozenten.

Dozentenschaft und Behörde werden glauben, durch diesen "Gnadenakt" Ruhe und Ordnung an der Ingenieurschule wiederhergestellt zu haben; sie werden glauben, daß dadurch in Zukunft ein reibungsloser Ablauf in der Produktion von Fachidioten und "mittleren Führern" gewährleistet ist.

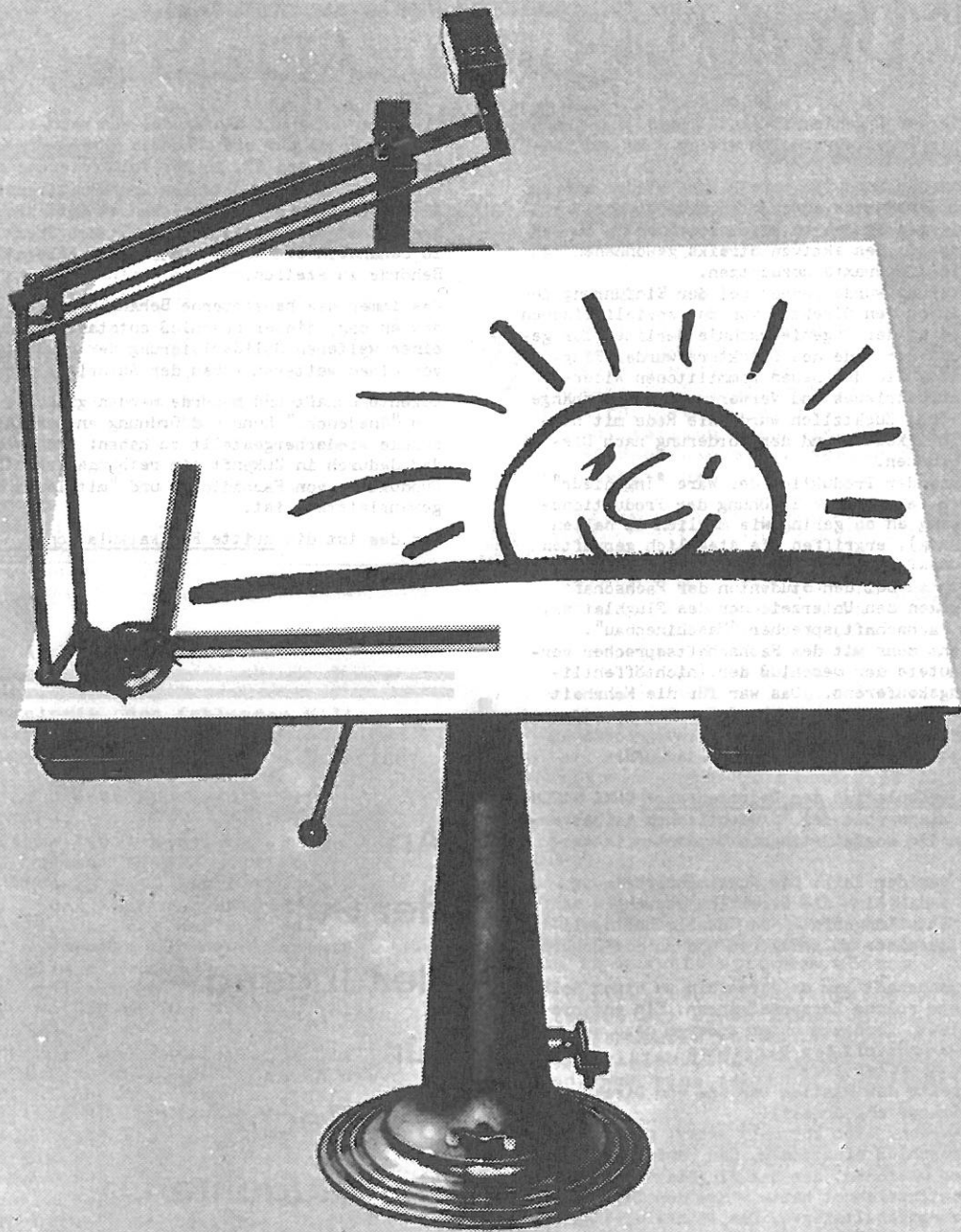
Und das ist die dritte Fehlkalkulation.

Red.

An
der Seite
der Jugend —
für
das Recht
der Studenten.

Deutsche Volkszeitung

Probeexemplare kostenlos durch: Monitor-Verlag GmbH, 4 Düsseldorf, Oststraße 154, Postfach 5707 (Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei).



Hydraulik-Zeichentisch NIKE-President mit ISIS-Zeichenmaschine

Horizont.

Horizont ist, wo das Morgen beginnt. Die Welt von morgen nimmt auf dem Zeichenbrett ihren Anfang. Hier „zeichnet“ sich jeder Fortschritt zunächst einmal ab.

Wer an diesem Platz steht, kann auch an seine Arbeitsmittel die höchsten Ansprüche stellen. — Er muß es sogar.

Niemand weiß das besser als Schacht & Westerich. Alles, was zur Ausstattung eines zeichentechnischen Büros notwendig ist, finden Sie in den 4300 m² umfassenden Räumlichkeiten dieses Hauses.

Natürlich auch das, was der Bürobetrieb im weiteren Sinne erfordert: Büromöbel, Bürobedarf, Büromaschinen, Organisationsmittel und eine Buchdruckerei.

Für dies alles sind Schacht & Westerich zuständig. Sie sollten sich mit uns in Verbindung setzen.

Schacht & Westerich

Büro-Zentrum
Hamburg, Große Bleichen 28-30
Tel. (0411) 35 16 11

Bricht der Unterricht zusammen?

Was ist geschehen?

Eine Minderheit provoziert die Dozenten unserer Schule. (GPA -Druck zur "Einweihungsfeier" der 1. Semester). Einige wenige Dozenten fühlen sich auch provoziert. Nun folgt ein zweites Paper mit "Karikatur", das zwar an die Studentenschaft gerichtet war, jedoch nicht von diesen, sondern von der bereits gereizten Dozentenschaft als Angriff gesehen wird (eingelplant?), da für viele die Karikatur einen gewissen Höhepunkt an Geschmacklosigkeit zeigt.

Eine wachsende Zahl von Dozenten ist der Ansicht, daß "etwas geschehen" müßte. Was geschehen sollte, war die Relegation von Herrn Geißelbrecht. Die dazu einberufene Dozentenkonferenz stimmte jedoch über diesen Antrag gar nicht erst ab. 90 % der Dozenten waren gegen disziplinarische Maßnahmen!!

Die Dozentenkonferenz empfahl lediglich dem Studentenparlament, sich mit der Sache zu befassen.

Antwort an Hartmuth Behdau

Mit einer Überschrift auf BILD-Zeitungsniveau ("Bricht der Unterricht zusammen?"), versucht Hartmuth Behdau mit seinem Papier Emotionen bei uns zu wecken. Ein fiktiver Zusammenbruch des Schulbetriebes soll anscheinend Aufmüpfige unter uns einschüchtern.

Leider kann ich beim besten Willen keinen Kausalzusammenhang zwischen der GPA-Karikatur und dem Zusammenbruch des Schulbetriebes erkennen. Dabei könnte ein Zusammenbruch dieses Scheißbetriebes nur zur Folge haben, daß wir uns endlich einmal kritisch mit unserer Situation auseinandersetzen.

Durch geschickte Verdrehung der Tatsachen ("Eine Minderheit provoziert die Dozenten unserer Schule") versucht er, einen Keil zwischen den - leider noch - sehr geringen Teil der progressiven Schüler und der übrigen Schülerschaft zu treiben. Tatsächlich wurden in dem GPA-Papier nicht die Dozenten angegriffen, sondern die Schüler selbst. Dies kann gar nicht oft genug geschehen, da die Schülerschaft unserer Ing.-Schule ein stinkender Leichnam ist. (Siehe Streikwelle des letzten Sommersemesters).

Was geschieht?

Die Dozenten überlassen also dem Studentenparlament den "Fall Geißelbrecht" zur Behandlung und Stellungnahme.

Trotzdem ist Herr Voigt der Ansicht, allein die Tatsache, daß der Relegationsantrag auf dem Tisch war und diskutiert wurde, müsse "Konsequenzen" haben; welche liege nicht bei ihm, sondern beim Parlament!

Daß diese Konsequenzen wiederum Konsequenzen von Seiten der Dozenten zur Folge haben werden, ist klar. Es gibt viele Dozenten, die durch private Initiative Mängel an dieser Schule auszugleichen suchen. Dieser Idealismus würde wohl schnell erlahmen, was wiederum Rückwirkungen auf die Studentenschaft haben würde und umgekehrt usw..

Daraus könnte eine Aufschaukelung der Gegensätze folgen mit dem Ergebnis, daß der Unterricht zusammenbricht.

Vielleicht ist dann das Ziel von Herrn Geißelbrecht erreicht: Wir haben endlich (!) Zeit für seine politischen Ideen? Offenbar haben wir eine Studentendiktatur. Wie könnte man sonst den Dozenten das Recht absprechen, einen Antrag, gleich welcher Art, zu diskutieren ohne "Konsequenzen" befürchten zu müssen (ganz abgesehen davon, daß wir sie befürchten müssen).

Wo bleibt die freie Meinungsäußerung für Dozenten??

Was sollte geschehen?

Vorbemerkung: Der Feind steht draußen!

Eine progressive Studentenschaft (wer hält sich nicht für progressiv?) wird sicherlich nicht gegen eine Minderheit einschreiten, d.h. Herrn Geißelbrecht die Meinungsfreiheit nehmen wollen. Aber sollte man nicht verhindern, daß diese Minderheit das Verhältnis Dozent - Student bis zum Unerträglichen belastet?

Wenn ich gegen das FHS-Gesetz streike, weiß ich warum und wofür und wogegen. Wo aber bleibt der Sinn, wenn der Unterricht wegen einer von Herrn Geißelbrecht ausgelösten Eskalation zusammenbrechen würde?

Derartige "Karikaturen" sollten nicht vorkommen! Aber keinesfalls darf diese Entscheidung von den Dozenten oder gar dem Direktor erfolgen. Bleibt also nur die Studentenschaft, das Parlament oder ein Ausschuß, der zu gründen wäre.

Vielleicht ließe sich das Problem aber auch so aus der Schule schaffen: Man gewähre Herrn Geißelbrecht & Co. die Narrenfreiheit. Aber damit wäre der Lauterkeit, d.h. den guten Absichten Herrn Geißelbrechts Unrecht getan.

Oder sollten die Dozenten einfach nicht so empfindlich sein? Das geht auch nicht, da man seine Empfindlichkeit nicht abstellen kann.

Bleibt also freiwillige Selbstkontrolle, am besten durch Herrn Geißelbrecht selber!

Andernfalls sollte sich das Parlament darüber Gedanken machen, wie eine Kontrolle durchgeführt werden kann! Mir ist der Gedanke an Kontrollen, auch durch Studenten, nicht sehr angenehm. Aber wesentlich unangenehmer ist mir der derzeitige GPA-Stil.

Hartmuth Behdau

- E 2 d -

Nun zu der Relegation Geißelbrechts, die aufgrund der GPA-Karikatur erfolgen sollte: Mit welcher Rechtfertigung erwägt die Dozentenclique eine vorweggenommene Anwendung des bei

uns noch nicht einmal vorhandenen Ordnungsrechts?

So wird an unserer Schule bald Friedhofsruhe herrschen!

Über unsere liberale Dozentenschaft bin ich gerührt. Nach eigens hierfür einberufener Konferenz überläßt sie den "Fall Geißelbrecht" dem Studentenparlament. Damit gaukelt sie uns doch nur die "Selbständigkeit" der "Studenten" vor, um uns über unser unmündiges Schülerdasein hinwegzutäuschen. Sie degradiert damit das Studentenparlament zu einer Auftragsverwaltung, die den Dozenten lediglich die Dreckarbeit abnimmt, ohne wirklich Einfluß auf der Lehrbetrieb dieser Schule nehmen zu können.

Nun zurück zu dem Papier. "Offenbar haben wir eine Studentendiktatur" (Behdau). - Lächerlich -: Wir haben nicht einmal das Recht, unsere Lehrinhalte mitzubestimmen, geschweige denn, sie selbst zu bestimmen, was übrigens das Ziel eines jeden politisch bewußten Studenten sein sollte. "Wo bleibt die freie Meinungsäußerung für Dozenten?" (Behdau). Ach, mir tun die Dozenten ja auch so leid; sie können nicht einmal mehr versuchen, unliebsame Studenten rauszuschmeißen, ohne dafür von den Betroffenen kritisiert zu werden!

Was meint Hartmuth Behdau mit seinem Ausruf: "DER FEIND steht DRAUSSEN!?" Sieht er unsere Schule als eine gesellschaftsunabhängige Zelle? Dann fehlt ihm der gesellschaftspolitische Durchblick.

Das Behdausche Resümee: "Freiwillige Selbstkontrolle, am besten durch Herrn Geißelbrecht selber!" entlarvt ihn als verlängerten Arm der Schulbehörde. Denn die Schulbehörde selbst könnte es sich gar nicht leisten, so offen und zynisch mit dem Begriff der Freiwilligkeit umzugehen (in einer ersten Fassung des Behdauschen Artikels verdeutlichte der Zusatz "andernfalls durch uns" seine Auffassung von Freiwilligkeit).

Fassen wir also zusammen: Hartmuth B. meint eine GPA-Kritik über das Schüler-Dozentenverhältnis ausbügeln zu müssen.

Das ist genau das, was die Karikatur zu Recht an uns bemängelt: Nämlich Arschkriecherei erster Kategorie ! ! ! !

Vergessen wir nicht: Die Direktion zensiert unsere Meinungsäußerung und zieht im Zusammenhang damit die Relegation eines Kommilitonen in Erwägung.

DAS KÖNNEN WIR UNS NICHT BIETEN LASSEN !!

Ralf Berger

- E 2 d -



"IHRE ZEITUNG HAT MIR SEHR GUT GEFALLEN - ; DIE PAAR UNANSTÄNDIGEN ARTIKEL HABE ICH HERAUSGESCHNITTEN!"

Es muß nicht immer AStA sein

Wenn Sie Interesse an einer abwechslungsreichen Tätigkeit in der Studentischen Selbstverwaltung haben, bietet sich Ihnen jetzt die Möglichkeit, in dem

von Herrn Behdau vorgeschlagenen Ausschuß zur Unterstützung der "freiwilligen Selbstkontrolle" des GPA mitzuarbeiten. Dynamische Persönlichkeiten

aus der Studentenschaft haben hier endlich einmal die Chance, eng und fruchtbar mit Dozentenschaft und Behörde zusammenzuarbeiten.

Nutzen Sie die Chance!

Ich bin interessiert, im Ausschuß zur Unterstützung der "freiwilligen Selbstkontrolle" des GPA mitzuarbeiten:

Name:.....
Semester:.....
Alter:.....
Geburtsort:.....
Parteilzugehörigkeit:.....
Rasse:.....

Bericht der Fachschaftsvertreter



Da es leider nicht möglich war, den auf der letzten Fachschaftsvollversammlung von den ehemaligen Fachschaftssprechern "K" Langbein und Geißelbrecht vorgelegten Bericht auch inhaltlich zu diskutieren, stellt 'eutektikum' ihn hier zur Diskussion.

Dieser Bericht soll keine Auskunft über unsere Aktivitäten geben, sondern wir wollen über unsere Vorstellungen von den Aufgaben der Fachschaftsvertreter und zur Struktur der Fachschaft berichten.

Unkontrollierbare Fachschaftsarbeit

Als wir diesen Bericht abfaßten, überlegten wir, ob wir an der Arbeit der vorherigen Fachschaftsvertreter anknüpfen konnten und kamen zu dem Ergebnis, daß keiner von uns sich an irgendwelche Aktivitäten unserer damaligen Fachschaftsvertreter erinnern konnte.

Da nicht angenommen werden kann, daß diese Leute während ihrer Amtsperiode auf der "faulen Haut" gelegen haben, haben wir Grund zur Annahme, daß sich deren Arbeit unter Ausschluß der Öffentlichkeit in unkontrollierbaren Gremien, in Privatgesprächen und -verhandlungen mit Dozenten, Direktoren und Behörden abgespielt hat.

Die Fachschaftsvertreter wurden für einen bestimmten Zeitraum aufgrund ihres Namens, ihrer rhetorischen Fähigkeiten etc. gewählt. Sie konnten in dieser Zeit ohne speziellen Auftrag, ohne Kontrolle durch diejenigen, deren Interessen vertreten werden sollten, nach ihren eigenen Interessen, nur ihrem Gewissen verantwortlich (nicht ihren Wählern) die Fachschaft vertreten.

Die Kommunikation zwischen den Vertretern und den Vertretenen fehlte. D.h.: Keine Initiativen von unten, sondern Funktionärspolitik. Kein Abbau des Informationsvorsprunges der Vertreter; d.h. im Endeffekt: keine wirkliche Vertretung, da eine uninformierte, inaktive Studentenschaft nicht in der Lage ist, etwas durchzusetzen.

Diese Art der Fachschaftsvertretung lehnen wir ab. Wir halten Kommunikation zwischen der Fachschaft und uns für entscheidend.

Funktion der Fachschaftsvertreter

Die Funktion der Fachschaftsvertreter besteht nach unserer Meinung darin,

- die Aufträge, die die Fachschaftsvollversammlung gibt, auszuführen.
- Initiativen in die Studentenschaft hineinzutragen.
- Initiativen aus der Studentenschaft aufzunehmen und für die Fachschaftsarbeit zu verwerten.

Eine fruchtbare Fachschaftsarbeit kann nur geleistet werden, wenn diese Wechselwirkung vorhanden ist.

Vertretung der "fachlichen Belange"

Die Aufgabe des Fachschaftssprechers, so heißt es, ist, die fachlichen Belange der Studentenschaft wahrzunehmen und nach außen zu vertreten.

Was sind aber fachliche Belange? Gibt es sie überhaupt? Oder ist nicht jede Aktivität der Fachschaftsvertreter im Grunde Bildungspolitik?

Wir sind der Meinung, daß die Arbeit der Fachschaftsvertreter ohne die Kenntnis bildungspolitischer Zusammenhänge und damit auch wirtschaftlich-gesellschaftspolitischer Zusammenhänge eine reine Handwerkelei darstellt.

Beispiel:

Absprache mit Dozenten und Abteilungsleitern über Anzahl und Termine von Klausuren oder Prüfungen sind unsinnig, wenn man sich nicht vorher grundsätzlich darüber im klaren ist, ob und für wen Klausuren überhaupt notwendig sind. D.h. es ist notwendig, diese Auslesemechanismen vorher unter den verschiedenen Aspekten zu betrachten:

- * Können Prüfungen eine praxisbezogene Beurteilung ermöglichen?
- * Nach wessen Bedürfnissen wird durch diese Prüfungen der Ausstoß an Ingenieuren gesteuert?
- * Ist durch Klausuren eine objektive Beurteilung gewährleistet?
- * Welche Verhaltensweisen werden den Studenten durch den permanenten Prüfungsdruck anerzogen?
- * Welcher Typ von Ingenieuren wird in wessen Interesse an der Ingenieurschule produziert?

Ein weiteres Beispiel:

Eine Diskussion über Wahl-Pflichtvorlesungen, wie sie in der Fachschaft "E" geführt wurde, ist verfrüht, wenn man nicht vorher unseren sogenannten seminaristischen Unterricht genau analysiert hat. Wir müssen uns fragen, ob dieser Unterricht geeignet sein kann, den Ingenieur der Zukunft auszubilden. Um diese Analyse zu leisten, müssen wir aber auch Vorstellungen vom Ingenieur der Zukunft, seiner Stellung in der Gesellschaft und deshalb auch Vorstellungen von der zukünftigen Gesellschaftsordnung haben.

Wir müssen schließlich erkennen, daß Fragen der Ausbildung keine reinen Organisationsfragen sind, sondern einen politischen Hintergrund haben.

Politische Wirkung der Unpolitischen

Mancher wird sagen, daß wir hier schließlich eine Fachschule sind und daß Politik hier nichts zu suchen hat; aber selbst, wenn die Politik hier nichts zu suchen haben sollte, sie ist da und die politischen Aspekte der Fachschaftsarbeit nicht sehen zu wollen, heißt "Vogel-Strauß-Politik" zu betreiben.

Aber wie dieser Begriff zeigt, ist die Vogel-Strauß-Politik auch Politik, denn unsere Vorgänger als Fachschaftsvertreter - obwohl sie ihre Arbeit für unpolitisch hielten - brachten zwangsläufig ihre eigenen politischen Wertungen in diese Arbeit mit hinein. Denn wenn sie diese Form des "seminaristischen Unterrichts" für gut hielten, und sie deshalb nicht in Frage stellten, beinhaltete das schon - bewußt oder unbewußt - eine Vorstellung von der Ausbildung des Ingenieurs der Zukunft und damit von der zukünftigen Gesellschaft.

Nur - und das ist der Unterschied zu uns - sie legten diese Wertungen nicht denen, für die sie sprechen sollten, offen dar, sondern betrieben ihre Handwerkelei unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Es besteht ein Widerspruch zwischen der Tatsache, daß die industrielle Entwicklung entscheidenden Einfluß auf die Struktur unserer Gesellschaft hat und der Tatsache, daß diejenigen, die diese Entwicklung vorantreiben

über die gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen und Konsequenzen ihrer Arbeit nicht informiert sind. Diese unpolitischen Techniker fühlen sich nur Einzelpersonen (den Unternehmern) gegenüber verantwortlich, nicht aber der Gesamtgesellschaft:
und das ist die politische Wirkung der Unpolitischen.

Beispiele:

- * Ingenieure arbeiten in der Rüstungsindustrie und sorgen z.B. dafür, daß chemische Kampfstoffe wie Napalm usw. produziert werden können.
- * Ingenieure bauen Druckmaschinen, auf denen Volksverdummung vervielfältigt wird.
- * Ingenieure planen die Verschleißproduktion, um den Umsatz und damit den Profit Einzelner zu erhöhen.
- * Ingenieure sind in der Lage, die totale Unterdrückung des Volkes durch eine Führungsgruppe mit Hilfe von Massenkommunikationsmitteln und Waffen zu organisieren.

Aus diesen Beispielen ist ersichtlich, daß uns Ingenieure die Konsequenzen der Technik, nämlich ihre mißbräuchliche Verwertung, durchaus angeht. Da die Untersuchung dieser Konsequenzen jedoch aus dem Unterricht an der Ingenieurschule vollkommen ausgeklammert ist (dieses Wissen läßt sich später nämlich nicht zur Maximierung der Unternehmerprofite verwerten), kann von einer berufsbezogenen Ausbildung an der Ingenieurschule überhaupt nicht die Rede sein.

Weil die Berufspraxis und damit auch die Berufsausbildung politische Konsequenzen hat, hat auch die Fachschaftsarbeit für uns politischen Charakter.

Programm für die zukünftige Fachschaftsarbeit

Um nun konkret zu werden, und damit zur Praxis der Fachschaftsarbeit zu kommen, möchten wir für dieses Semester folgendes Programm vorlegen:

- 1) Erstellung einer Analyse der Ausbildung an der Ingenieurschule und der beruflichen Stellung des Ingenieurs aufgrund eigener Erfahrungen, bereits erstellte Analysen anderer Studentenschaften (s. Seite 5), des Kontaktes mit Absolventen und Gewerkschaften und ständiger Diskussion innerhalb der Studentenschaft.
- 2) Anfertigung und Auswertung von Fragebögen zur Dozentenkritik. Das Wichtige an dieser Aktion wird nicht die Auswertung der Fragebögen sein, sondern ist die Tatsache, daß der Kritisierende gezwungen ist, die pauschale und oft emotionelle Kritik an Dozenten zu versachlichen und Kriterien für die Beurteilung der Dozenten zu finden (Vorbereitung der Vorlesung, Aufbau der Vorlesung, Art der Vermittlung, autoritäres Auftreten? ...).
- 3) Ermittlung der studentischen Meinung durch Umfragen und Diskussionen über Themen wie: "Klausuren", "Prüfungen", "Unterrichtsform", "Öffentlichkeit aller Gremien" usw.
- 4) Verbesserung der Studienbedingungen z.B. Forderungen nach einem Kunststofflabor, einem Konstruktionslabor, nach dem Fach Konstruktionsystematik, nach einem Stundengehalt usw.
- 5) Beratung von Studenten in allen Fragen des Lehrbetriebes.
- 6) Vertretung der Fachschaft in allen Gremien der Ingenieurschule (Studentenparlament, Dozentenvollkonferenz, Abteilungskonferenz usw.).
- 7) Ständige Kommunikation zwischen Fachschaft und Fachschaftsvertretern, durch Diskussio-

nen in den Semestern und in den Fachschaftsvollversammlungen, durch Flugblätter o.ä..



Zur Struktur der Fachschaft

Die Organe der Fachschaft sind:

- 1) die Fachschaftsvollversammlung; sie entscheidet in allen Fragen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen.
- 2) Die Fachschaftsvertreter; sie werden von der Fachschaftsvollversammlung gewählt und erhalten damit ein imperatives Mandat.

Imperatives Mandat

Imperatives Mandat heißt in der Praxis der Fachschaftsarbeit: Der Fachschaftsvertreter ist an Aufträge der Fachschaftsvollversammlung gebunden und kann jederzeit von den Mitgliedern der Fachschaft kontrolliert, abgewählt bzw. neugewählt werden.

Gründe für das imperative Mandat:

- Bisher wurden Studentenvertreter für einen bestimmten Zeitraum gewählt und konnten innerhalb dieser Zeit ihre Arbeit aufgrund eigener Vorstellungen gestalten. Sie konnten nicht kontrolliert werden und bekamen durch ihre Arbeit einen Informationsvorsprung, der ihnen gestattete, Diskussionen in der Studentenschaft beliebig zu manipulieren, da eine Kontrolle durch die Studentenschaft aufgrund mangelnder Informationen nicht möglich war (Circulus vitiosus).
- Das imperative Mandat ist ein Mittel, um dieses Funktionärstum abzubauen: Nachdem in der Fachschaftsvollversammlung diskutiert wurde, formuliert die Versammlung einen Auftrag an die Fachschaftsvertreter. Der Fachschaftsvertreter hat diesen Auftrag auszuführen; widerspricht die Ausführung dieses Auftrages seinen eigenen Vorstellungen so kandidiert er nicht erneut für dieses Amt und es wird ein neuer Fachschaftsvertreter gewählt.
- Während der Arbeit dieses Vertreters muß die Studentenschaft die Möglichkeit haben, ihn zu kontrollieren (d.h. volle Öffentlichkeit aller Gremien der Ingenieurschule). Ist auf der nächsten Vollversammlung die Fachschaft mit der Ausführung der Arbeit nicht einverstanden, so wird der Fachschaftsvertreter abgewählt.

Kurz gesagt, das imperative Mandat baut das Funktionärstum ab und ermöglicht eine wirkliche und wirksame Selbstverwaltung der Studentenschaft.

- Selbst wenn wir mit dem Funktionärstum einverstanden wären, dann bestünde in Zukunft doch die Notwendigkeit des Aufbaus einer studentischen Selbstverwaltung; denn es sieht ganz so aus, als ob auch in Hamburg die Auflösung der Studentenschaft bevorsteht.
- Deshalb muß schon jetzt in der zukünftigen Fachhochschule Hamburg auf unterster Ebene (Fachschaftsebene) eine funktionierende Selbstverwaltung aufgebaut werden, die in der Lage ist die Aufgaben des AStA und der Fachschaftsvertreter eines Tages zu übernehmen.
- Das imperative Mandat bietet dann die Gewähr, daß man diese Selbstverwaltung nicht funktionsunfähig machen kann, indem man ihr den Kopf abschlägt, d.h. die Spitzenfunktionäre korrumpiert oder durch die Justiz eliminiert.
- Diese Selbstverwaltung wird viele Köpfe haben, die jederzeit auswechselbar sind.

Wenn wir eines Tages den Rahmen des auf uns zukommenden Fachhochschulgesetzes mit eigenen Vorstellungen ausfüllen wollen, d.h. praktisch, die Absichten der Behörde zu unterlaufen, dann brauchen wir eine Selbst-

verwaltung und keine Auftragsverwaltung, sonst wird sich die Behörde - wie im Falle der Fachhochschulgesetzgebung - auch in diesem Punkte der Studentenschaft gegenüber durchsetzen.

Ist die SPD eine Unternehmerpartei?

Hierzu Herr Pohle:

★

WOLFGANG POHLE

ab 1965 persönlich haftender geschäftsführender Gesellschafter der Friedrich Flick KG. 1953-1957 für die CDU im Bundestag, seit 1965 für die CSU. Vorsitzender des finanz- und steuerpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Schatzmeister der CSU, Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf, Präsidiumsmitglied des Bundesverbandes der Deutschen Industrie.



Aber das Unterschwellige bei der SPD besteht weiter.



Dort gibt es Tendenzen,



die nicht für den Unternehmer sind.

Wußten Sie schon,..?

daß Thälmann und Ulbricht 1930 sagten: Die SPD ist eine größere Gefahr als die NSDAP, und daß H. Geißelbrecht am 13.5.1969 sagte, die SPD ist eine größere Gefahr als die NPD! (Dozent Blankenfeld).

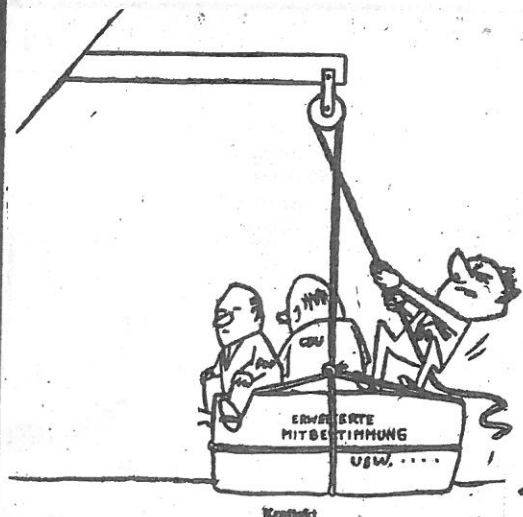
daß die Vollkonferenz der Dozentschaft das Studentenparlament auffordert, zu Meinungsäußerungen einer politischen Studentengruppe Stellung zu nehmen?

daß das Studentenparlament keine Auftragsverwaltung ist, sondern ein Selbstverwaltungsorgan sein soll.

Aus einem Interview mit dem "Industriekurier"

'eutektikum' meint: Herr Pohle sieht zu schwarz. Die SPD ist eine "Volkspartei" und keine Arbeiterpartei.

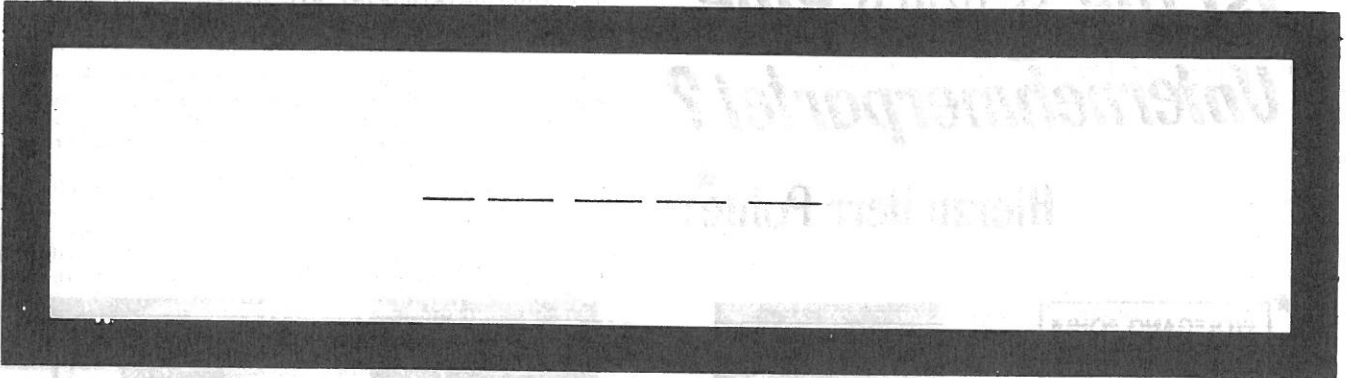
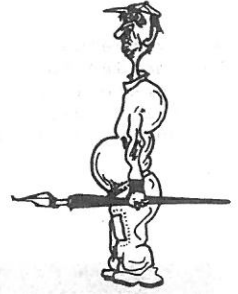
Sie kann also nur eine Unternehmerpartei sein.



Leserbriefe

DIE HIER ABGEDRUCKTEN LESERBRIEFE

WERDEN NICHT REDIGIERT - ANONYME ZUSCHRIFTEN KÖNNEN NICHT BERÜCKSICHTIGT WERDEN !



Der Asta Vorstand

Der AstA Vorstand weiß alles besser, der Vorstand hat die Übersicht, den Glauben an die Übersicht und eine Kartothek. Im Vorstand sind die Männer mit unendlichem Stunk untereinander beschäftigt, aber sie klopfen dir auf die Schulter und sagen:
"Lieber Freund, du kannst das von deinem Einzelposten nicht so beurteilen ! Wir im AstA-Vorstand ..."

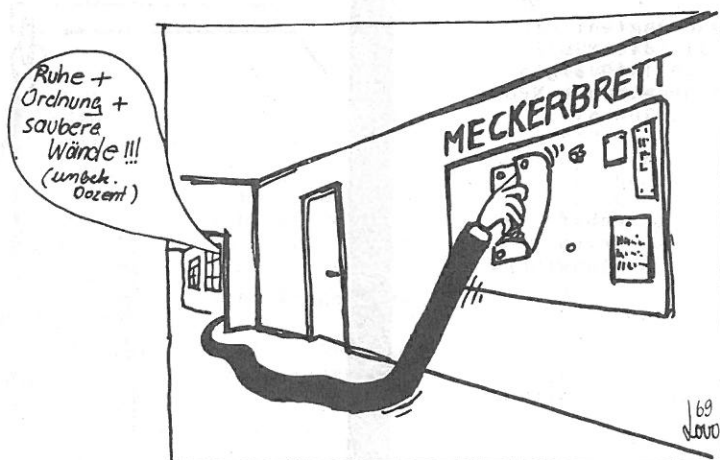
Der Vorstand hat zunächst eine Hauptsorge: Vorstand zu bleiben.
Gnade Gott dem untergeordneten Organ, das wagte etwas selbständig zu tun ! Ob es vernünftig war oder nicht, ob es nötig war oder nicht, ob es da gebrannt hat oder nicht - : erst muß der Vorstand gefragt werden.
Wofür wäre er sonst Vorstand ! Dafür, daß er Vorstand ist ! merk dir das.

Im AstA-Vorstand sitzen nicht die Klugen, sondern die Schläuen. Wer nämlich seine Arbeit

macht, der mag klug sein - schlau ist er nicht. Denn wäre ers, er würde sich darum drücken, und hier gibts nur ein Mittel: das ist der Reformvorschlag.
Der Reformvorschlag führt zur Bildung eines neuen Referates, das - selbstverständlich - dem Vorstand unterstellt, angegliedert, beigegeben wird.

.... Der AstA-Vorstand ist eine Einrichtung, die dazu dient, Ansätze von Energie und Tatkraft der Unterstellten zu deppen.
Dem Vorstand fällt nichts ein, und die anderen müssen es ausführen.
Der AstA-Vorstand ist eine Kleinigkeit unfehlbarer als der Papst, sieht aber lange nicht so gut aus.

nach Kurt Tucholski
"DIE ZENTRALE" (1924)



H A M B U R G S A N T I A U T O R I T Ä R E R L A D E N



POLITISCHE BUCHHANDLUNG GMBH

2 HH 13, SCHLÜTERSTRASSE 86, TEL.: 41 74 84

BÜCHER - ZEITSCHRIFTEN - INFORMATION - SCHALLPLATTEN - POSTER
ZEITSCHRIFTEN, BÜCHER ZUR KRITISCHEN TECHNOLOGIE

TECHNIKER-KRANKENKASSE

ERSATZKASSE FÜR DIE TECHNISCHEN BERUFE



Anschrift der zuständigen Kassen-Geschäftsstelle:

2000 Hamburg 4
Millerntorpl. 1 - Postf. 228
Ruf: 31 13 21

Kassenstunden:

montags bis freitags v. 9.00-13.00 Uhr
außerdem donnerstags v. 16.00-18.00 Uhr



TK - Betreuungsstelle in der Ing.-Schule Berliner Tor

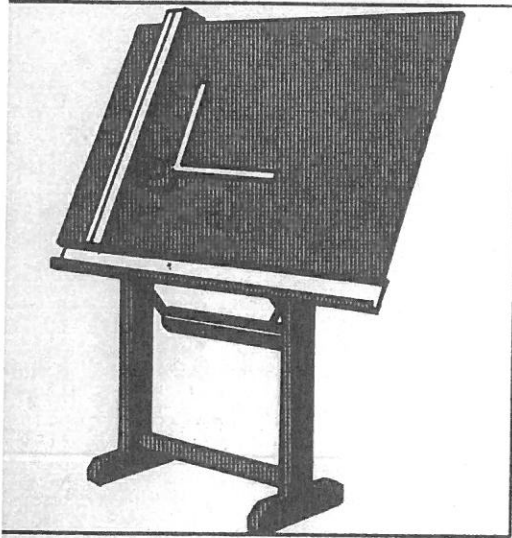
Beratung durch Frl. Helga Mangold im AStA!

Montag - Freitag v. 11.30 - 12.00 Uhr

Alle Fachbücher von Boysen & Maasch

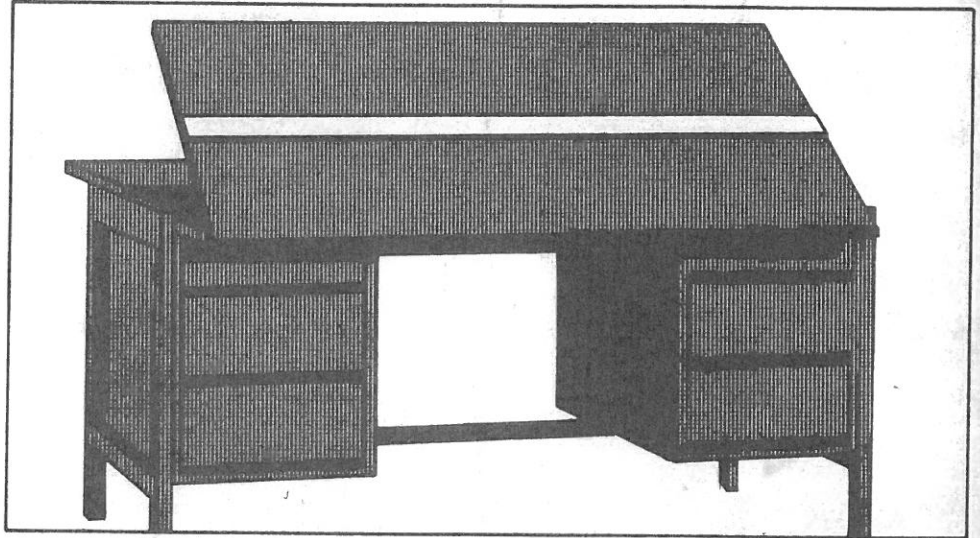
Gerhofstraße 25, am Gänsemarkt, Ruf 35 18 36

tom für Leute, die zeichnen müssen



Von der
Kleinzeichenanlage
bis zum
Großformat

Schreib- u.
Zeichen-
tische
in vielen
Variationen



mit und
ohne
Zeichen-
maschine

